

Antrag

der Fraktion DIE LINKE

Kulturpolitische Strategie evaluieren und überarbeiten

Der Landtag stellt fest:

Mit der Fusion bedeutsamer Kultureinrichtungen wie bspw. des Hauses der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte GmbH mit Kulturland Brandenburg e.V. zur Brandenburgischen Gesellschaft für Kultur und Geschichte gemeinnützige GmbH (BKG) oder der Neugründung der Landesstiftung Kleistmuseum Frankfurt (Oder), hat das Land Brandenburg in den vergangenen Jahren umfassende Umstrukturierungsprozesse der Kulturlandschaft vorgenommen. Ziel des Landes war es dabei, Synergien herzustellen und damit Gestaltungsräume für Kreativität, neue Impulse und Projekte zu schaffen. Von essentieller Bedeutung ist hierfür die Arbeit der Kultur – Landesverbände, zu deren wichtigem Engagement sich der Landtag Brandenburg bekennt. Gute und sichere Arbeitsbedingungen, Geschäftsstellen, die nicht nur auf das ehrenamtliche Engagement von Mitgliedern angewiesen sind, bilden die Voraussetzung dafür, dass kreative Ideen in realisierbaren Projekten münden. Um die Wirksamkeit der 2012 in der Kulturpolitischen Strategie des Landes Brandenburg getroffenen Schwerpunktsetzung und Maßnahmen bewerten und die aktuellen Herausforderungen der Kulturlandschaft bestmöglich berücksichtigen zu können, beauftragt der Landtag die Landesregierung mit einer Evaluation der Kulturpolitischen Strategie 2012 sowie deren Überarbeitung.

Wie viele weitere Lebensbereiche hat die Corona-Pandemie auch die Kultur hart getroffen. Auch nach Beendigung des Lockdowns sind die Auswirkungen der Pandemie bis heute spürbar: Konzerte, Lesungen, Filmvorführungen, Ausstellungen und Theateraufführungen finden nach wie vor mit weniger Besuchenden und unter strengen Hygieneauflagen statt. Wann bestimmte Formate, wie Großveranstaltungen wieder durchgeführt werden können, ist nach wie vor offen. Insbesondere jene Einrichtungen und Verbände, die sich zu einem Großteil über Eigen- und Projektmittel finanzieren, stehen daher vor der Frage, wie es für sie in den kommenden Monaten weitergehen soll. Mit einer Überarbeitung der Kulturpolitischen Strategie, die Schlussfolgerungen aus der Corona-Pandemie integriert, soll die Perspektive dieser Strukturen langfristig gesichert werden.

Der Landtag möge beschließen:

Der Landtag Brandenburg fordert die Landesregierung auf,

- die kulturpolitische Strategie 2012 in einem mehrstufigen Verfahren ministeriumsintern, mit den betroffenen Kultureinrichtungen und -verbänden sowie dem zuständigen Ausschuss des Landtages zu evaluieren.

- Gegenstand der Evaluation sollen sowohl die 2012 festgelegten Zielstellungen und deren Umsetzung sowie die Förderschwerpunkte, als auch die seit 2012 erfolgten Strukturreneuerungen sein. Die Ergebnisse der Evaluation sind dem Landtag bis zum Ende des 3. Quartals 2021 zuzuleiten.
- die kulturpolitische Strategie des Landes Brandenburgs zu überarbeiten. Diese Überarbeitung soll sowohl auf Grundlage der Evaluation der kulturpolitischen Strategie 2012, als auch unter Einbeziehung von Schlussfolgerungen aus coronabedingten Einschnitten im Kulturbereich erfolgen.

Begründung:

Die Kulturpolitische Strategie 2012 bildet den Rahmen der kulturellen Förderkulisse des Landes Brandenburg. Neben dem Erhalt der vielfältigen Kulturlandschaft Brandenburgs hatte die Erarbeitung der Strategie das Ziel, landes- und gesellschaftspolitische Akzente für die kommenden Jahre zu definieren. Diese Schwerpunkte waren und sind: die Förderung kultureller Bildung, regionaler Identität und des Kulturtourismus sowie die Aktivierung bürgerschaftlichen Engagements und die Unterstützung innovativer Ansätze. Mit der Umstrukturierung der Kulturlandschaft sollten zudem zusätzliche Kapazitäten geschaffen und Transparenz in der Vergabe von Projektfördermitteln erzielt werden. Diese Schwerpunkte und Umsetzung der Maßnahmen gilt es nun, zwei Legislaturperioden nach Erarbeitung der Kulturpolitischen Strategie 2012, auf ihre Wirksamkeit und Aktualität zu überprüfen. Ebenso müssen die Pandemieauswirkungen Eingang in die Strategie finden, um die Arbeit der Kulturschaffenden im Land Brandenburg abzusichern.